

# **Pressemitteilung der LSV: "Kultusministerium führt eine gesetzlich anerkannte Schülervertretung ein - Schüler bleiben dabei auf der Strecke"**

25.05.2006:

Pressemitteilung der Landesschülervertretung Bayern e.V. Mit der freundlichen Bitte um Berücksichtigung.

Seit nunmehr zwanzig Jahren fordern die Schülerinnen und Schüler Bayerns eine gesetzlich anerkannte Interessensvertretung auf Landesebene. In dieser sollen alle Schularten vertreten sein und sie muss eine echte Interessensvertretung für die SchülerInnenenschaft darstellen. Anfangs stieß man mit der Forderung beim Kultusministerium auf taube Ohren. Doch vor drei Jahren kam das Ministerium schließlich doch auf den Geschmack und entwickelte das Konzept für einen Landesschülerrat. Dieses Konzept bekamen die BezirksschülersprecherInnen für Bayerns Gymnasien bei basis'05 - dem bayerischen Schülerkongress der Landesschülervertretung (LSV) - zum ersten Mal zu Gesicht: nächsten Schuljahr 2006/2007 fällt der Startschuss - als letztes deutsches Bundesland - nun endlich auch im Freistaat: in Schwaben kommt es bereits im nächsten Schuljahr zu einem Pilotprojekt, bei dem eine Interessenvertretung auf Bezirksebene für alle Schularten erprobt werden soll. Im darauf folgenden Schuljahr wird das Pilotprojekt auf den gesamten Freistaat ausgeweitet.

"Wir begrüßen es, dass auch Bayerns SchülerInnen endlich mitbestimmen dürfen und eine Stimme bekommen, die in Form des LandesschülerInnenrates auch gehört werden soll. Aber damit dieses Gremium den SchülerInnen auch etwas nützt und eine echte Interessensvertretung für die bayerische Schülerschaft wird, muss das Ministerium sein Konzept noch einmal überarbeiten!", so Elena Stingl, Vorstandsmitglied der LSV Bayern. "Das frappierendste Beispiel: In der Schülerkonferenz auf Landesebene sitzen nach Konzept des Kultusministeriums genauso viele Lehrer wie Schülervertreter. Lehrer haben in einem Schülergremium, das die Schüler Bayerns vertreten soll, nichts zu suchen."

Des weiteren wurde die Forderung der LSV, eine schulartübergreifende Stadt- und Kreisebene im Landesschülerrat zu verankern, vom Kultusministerium trotz anderslautender Versprechen ignoriert: Nur den Hauptschulen wird diese Ebene zugestanden - jedoch nicht als Arbeits-, sondern lediglich als Wahlgremium. "Die Bezirksebene bedingt weite Anfahrten und ermöglicht, auf Grund der großen Zahl an Schülersprechern, nur wenig ortsbezogenen Austausch. Ganz zu schweigen von Projektumsetzungen. Regelmäßiges und erfolgreiches Arbeiten kann nur gelingen, wenn der Weg kurz und der Bezug zu Schulen eng ist - und zwar unabhängig, von welcher Schulart man kommt", argumentiert Stingl weiter.

Bei Rückfragen erreichen Sie Elena Stingl unter der Nummer 0179 / 616 33 94